

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 10

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Griechenland / Zypern

Gegen die Türkei

Als der griechische Generalstabschef General Konstantinos Floros mit seinem emiratischen Amtskollegen Generalleutnant Hamad Mohamed Thani Al-Rumaithi Ende August die letzten Vorbereitungsanstrengungen absegnete, stationierten die Vereinigten Arabischen Emirate noch gleichentags vier F-16-Kampfflugzeuge auf der griechischen Airbase Souda Bay. Es geht darum, dass die hellenische Luftwaffe, zusammen mit den Partnern aus dem Golf, von Kreta aus über dem östlichen Mittelmeer trainieren. Bereits anfangs August landeten französische Jets und ein Transportflugzeug des Typs C-130 auf dem griechisch-zypriotischen Flughafen Andreas Papandreou in Paphos. Zwei Kampfflugzeuge des Typs Rafale sind seither auf Grund einer Verteidigungszusammenarbeit zwischen der Republik Zypern und Frankreich auf der Insel stationiert. Wie immer geht es um den andauernden Konflikt mit der Türkei. Spä-



Bild: Presse- und Informationsamt, Innenministerium Republik Zypern

EYNOMIA: Vier Länder zu Wasser und in der Luft.

testens seitdem Griechenland mit Ägypten Ende August ein Abkommen über die gemeinsamen Meeresgrenzen ratifizierte, droht die Lage zu eskalieren. Ankara behauptet, türkisches Festland und Meeresgebiete wurden tangiert und forscht währenddessen mit speziellen seismischen Forschungsschiffen weiter im gesamten östlichen Mittelmeer nach fossilen Brennstoffen. Gleichzeitig fand unter dem Decknamen EYNOMIA 2020 eine weitere aeronautische Grossübung mit französischer, italienischer, griechischer und zypriotischer Beteiligung statt.

Kurz danach wurde aus Athen bekannt, dass auch mit Italien ein Seeverkehrsabkommen ausgehandelt wurde, welches die Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer von 6 auf 12 Seemeilen im ionischen Meer mit sich bringt. Deshalb gelten die anfangs September in diesem konfliktgeladenen Umfeld durchgeführten Schiessübungen der türkischen Marine nordöstlich von Zypern alles andere als vertrauensbildend. Immerhin, sie wurden als Reaktion auf EYNOMIA noch während dieser Übung per NavTex (Navigational Telex) angekündigt. Dass zur

gleichen Zeit die USA ein seit 33 Jahren geltendes Waffenembargo gegen die zypriotische Republik teilweise aufgehoben (fortan dürfen vorerst für ein Jahr nicht-letale Waffen auf die Insel exportiert werden), wirft weitere Fragen auf. US-Aussenminister Pompeo bestreitet, dass dieser Kurswechsel einen Zusammenhang mit den Spannungen in der Region habe.

Bloss, die Türkei droht unterdessen unmissverständlich, dass weitere (griechische) unilaterale Grenzverschiebungen fortan als Kriegsgrund interpretiert werden.

NATO

Show of Force

Unter dem Decknamen Allied Sky überflogen am 28. August insgesamt sechs B-52-Stratofortress-Bomber sämtliche Mitgliedstaaten der NATO an einem einzigen Tag. Zwei Bomber über den USA und Kanada, die restlichen vier starteten zu dieser einzigartigen Mission in Grossbritannien. Begleitet wurden die Langstreckenbomber von über 80 Kampfflugzeugen aus 20 verschiedenen Nationen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg präzisierte die strategische Wirkung dieser Übung: «Dieser Überflug zeigt das starke Engagement der Vereinig-



Zwei Su-27 fangen B-52 ab.

Bild: USAF

ten Staaten und die starke Solidarität aller Bündnispartner zugunsten der NATO. Allied

Sky wurde sehr lange geplant und stärkt unsere Fähigkeiten, gemeinsam in unserem Ein-

satzgebiet zu agieren. Denn die Kernaufgabe der NATO bleibt die Abschreckung von Aggressionen, die Konfliktprävention und die Erhaltung des Friedens.» Für den 5th Bomb Wing der US Air Force sind Europa-Einsätze indes nichts Aussergewöhnliches. Allein in diesem Jahr trainierte die Einheit mit der Royal Air Force über Grossbritannien, den Norwegern über dem europäischen Nordmeer, dem arktischen Ozean und im Sommer auch anlässlich der Bündnisübung BALTOPS über der Ostsee. Diese Einsätze gelten normalerweise als Routineoperationen im internationalen Luftraum in Übereinstimmung mit

anerkannten von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) vorgeschriebenen Sicherheitsstandards. Besorgniserregend ist deshalb, dass kurz vor Mittag am 28. August zwei russische Su-27-Flanker eine B-52 über dem Schwarzen Meer abfingen. Laut Pentagon kreuzten die Russen in einer Distanz von etwa 30 Metern «auf äusserst unsichere

und unprofessionelle Art und Weise» die Flugbahn einer Stratofortress mehrere Male und «provozierten mittels Nachbrenner grosse Turbulenzen, welche die Manövrierfähigkeit der B-52 einschränkten». Die russischen Jets starteten mit von der Krim, von wo aus die Russen hauptsächlich den Luftraum über dem Schwarzmeerraum sichern.

Türkei

Nächste Tranche S-400

Der staatlich russische Monopol-Exporteur für sämtliches Rüstungsmaterial, Rosoboronexport, meldete Ende August die Unterzeichnung einer Kaufabsicht einer weiteren Tranche S-400-Luftabwehrraketen an die Türkei. «Es wurde eine Absichtserklärung über die Auslieferung eines zweiten Loses von S-400 unterzeichnet, wir diskutieren nun über die finanziellen Bedingungen und den Konkreten Vertragsinhalt», so der Chef von Rosoboronexport,

Alexand Mikheyev. Die Russen drängen darauf, dass sich Ankara bald entscheidet. Offenbar ist dort aber die Finanzierung der etwa 2,5 Mia. US-Dollar teuren zweiten Serie nicht gesichert. Die Türkei will zudem einen Teil der Produktion ins eigene Land holen. Der Türkei als NATO-Mitglied wurde infolge der bereits erfolgten Indienstellung der ersten Tranche S-400 (für zwei Luftabwehrabteilungen) die Auslieferung der von den USA hergestellten F-35-Kampffjets storniert. Weitere Sanktionen dürften nun folgen.

USA/Österreich

Österreichisches Bundesheer und die USA kooperieren

Das österreichische Bundesheer will künftig mit der US-Nationalgarde kooperieren. Eine Übereinkunft zur Teilnahme am «State Partnership Program» kündigte US-Aussenminister Mike Pompeo an. «Das wird eine grossartige Ergänzung sein», erklärte Pompeo.

Ziel des Programms ist es laut Verteidigungsministerium, in Zukunft Übungen und Ausbildungen gemeinsam mit Truppenteilen der US-Streitkräfte durchzuführen. Ausserdem geht es um den Austausch von Experten und Beobachtern. Auch die bilateralen Be-

ziehungen der in Europa stationierten US-Streitkräfte und dem Bundesheer sollen dadurch vertieft werden. Die USA und Österreich haben bereits jetzt Kooperationen im Ausbildungsbereich.

Die US National Guard (Nationalgarde) gilt als militärische Reserve der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Die Mitglieder der Nationalgarde sind freiwillig dienstleistende Milizsoldaten. Ziel der bisher 82 Partnerschaften über das State Partnership Program (SSP) ist vor allem das Herbeiführen gemeinsamer Standards beziehungsweise der Interoperabilität für eine Teilnahme der Partner an internationalen Einsätzen.

China/Indien

Neue Spannungen zwischen Indien und China

Gut zwei Monate nach den tödlichen Zusammenstössen zwischen Soldaten Indiens und Chinas an ihrer umstrittenen Grenze im Himalaya sind die Spannungen wieder aufgeflammt. Indien warf China erneut Provokationen vor. Chinesische Truppen hätten mit Militärbewegungen Ende August versucht, den Status quo an der Grenze am Südufer des Sees Pangong Tso zu ändern, erklärte Indiens Verteidigungsministerium.

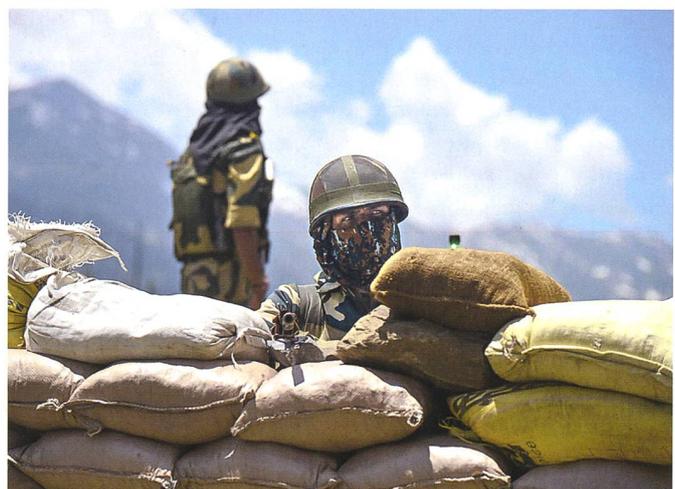
Indische Truppen seien dem zuvorgekommen und hätten Massnahmen ergriffen, um ihre Positionen zu verteidigen und die chinesischen Absichten zu durchkreuzen, hiess es in Neu-Delhi weiter. Dagegen warf ein Militärsprecher in Peking den indischen Truppen vor, die Grenze «illegal überquert» und «unverhohlen neue Spannungen provoziert und erzeugt zu haben». Chinas Militär wird notwendige Gegenmassnahmen ergreifen und die Entwicklung aufmerksam beobachten.

Die Beziehung der beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt ist angespannt. Mitte Juni waren bei einem militärischen Zusammenstoss

mindestens 20 indische Soldaten getötet worden. Es war der schlimmste Grenzzwischenfall zwischen den beiden Atommächten seit Jahrzehnten. Anschliessend gab es Deeskalationsgespräche von Militärvertretern.

Der Streit der asiatischen Rivalen um die gemeinsame Grenze dauert schon lange. In den 60er-Jahren hatten beide Staaten einen kurzen Krieg geführt, den China gewonnen hatte. Nach dem neuen Zusammenstoss im Juni stand Indiens Premierminister Narendra Modi innenpolitisch stark unter Druck, Peking hart zu antworten. Sein Land ist China aber militärisch unterlegen.

Indiens Verteidigungsministerium betonte, dass die indische Armee Frieden durch Dialog bewahren wolle, aber gleichzeitig seine territoriale Integrität beschützen werde. Chinas Militärsprecher hingegen warf Indien vor, mit seinen Aktionen den Konsens in den Gesprächen nach den Zwischenfällen im Juni untergraben zu haben. «Wir fordern die indische Seite auf, sofort ihre Truppen zurückzuziehen, die illegal die Grenze überschritten haben.» Indien müsse sich an seine Zusagen halten, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.



Soldaten der indischen Grenztruppen.

Bild: Keystone

Ägypten

Mit Atomkraft voraus?

Ab 2021 soll in der ägyptischen Küstenstadt El Dabaa bei El Alamein, etwa 130 Kilometer nordwestlich von Kairo gelegen, eine Atomkraftanlage entstehen. Ägypten ist damit das zweite Land auf dem afrikanischen Kontinent (nach Südafrika), das sich der Kernenergie bemächtigen wird. Infolge der COVID-19-Pandemie verzögerte sich das finale Projekt, das seit einem Jahr mit Unterstützungsbauten vorbereitet wird. Im August bestätigte die lokale Atomenergiebehörde nun, dass innert Jahresfrist endlich mit den definitiven Bautätigkeiten begonnen werden soll. Wohl aber nicht vor der zweiten Hälfte 2021. Das Kraftwerk soll der-einst 4800 Megawatt Strom liefern. Die Bauherrschaft übernimmt die staatliche russische Rosatom. Die beiden Länder unterzeichneten dazu bereits 2015 ein bilaterales Abkommen. Kostenpunkt des Werks, das aus 4 WWER-12 (Wasser-Wasser-Energie Reaktoren)



Atomanlage an der Küste.

Bild: CNES/Airbus Maxar Technologies

bestehen wird: etwa 25 Mia. US-Dollar, zu ca. 85% über russische Darlehen finanziert. Ab 2029 soll Ägypten den Betrag halbjährlich mit einer Laufzeit von 22 Jahren zurückzahlen, zu 3% verzinst. Die restlichen Kosten will Kairo der Staatskasse entnehmen oder – wenn möglich – über einheimische Banken einschliessen. Amgad Alwakeel, CEO der ägyptischen Nuclear Power Plants Authority, er-

klärt, dass die vier Reaktoren zu den weltweit sichersten ihrer Art zählen werden. Neue Standards werden auch massiven Unfällen widerstehen. So soll ein Einschlag eines 400 Tonnen schweren Flugzeugs mit einer Geschwindigkeit von 150 Metern pro Sekunde der Reaktorhülle nichts anhaben. Die Sicherheit ist auch für Präsident Al Sisi höchstes Gebot. Dieser betonte im Juli bei einem Treffen mit seinem Energiemi-

nister, wie wichtig es sei, die höchsten Standards der nuklearen Sicherheit im Einklang mit den internationalen Regeln zu gewährleisten. Al Sisi ist denn auch überzeugt, dass die Kernenergie in seinem Land als wichtiger Teil der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne zu verstehen ist. Deshalb, so betont der Präsident beim Arbeitsbesuch des russischen Botschafters, ist es auch umso wichtiger, mit Moskau in Zukunft enger und besser zusammenzuarbeiten. Derzeit ist es auszuschliessen, dass Ägypten mit der Anlage auch Atomwaffen herstellen wird. Einzig die Anreicherung von Uran liegt im Bereich des Möglichen. Wenngleich die Wahrscheinlichkeit, dass der Reaktor diesem Zweck dienen wird, «praktisch bei null» liegt, so israelische Beobachter. Der Bau der Anlage wird etwa zehn Jahre beanspruchen, eine «sicherheitstechnische Ewigkeit in dieser Region». Bis dahin kann noch vieles geschehen, sogar ein Stopp des Projektes ist nicht auszuschliessen.

Thailand

Facebook zwischen den Fronten

Facebook liegt mit einem weiteren asiatischen Land über Kreuz: Die dem Militär nahestehende Regierung in Bangkok hat den Zugang innerhalb Thailands zu einer Gruppe sperren lassen, die Politikern und Monarchisten gefährlich werden könnte. Facebook blockierte den Zugang zu «Royalist Marketplace», die der Monarchie-Kritiker Pavin Chachavalpongpun im April im Exil in Japan gegründet hatte.

Der Schritt zeigt, wie stark die Regierung, die sich 2014 an die Macht geputscht hatte, und der neue König, den wei-

te Teile des Volkes auch aufgrund seines Lebenswandels nie akzeptierten, unter Druck stehen. Doch auch der amerikanische Konzern muss sich einmal mehr rechtfertigen –

wie zuvor schon in China, Indien und Hongkong.

Auch in anderen Ländern Südostasiens steht Facebook zwischen den Fronten, weil es sich immer wieder den Wün-

schen der Regierungen beugt. Im kommunistischen Vietnam zensiert der Konzern Beiträge, die die dortigen Aufseher als «anti-staatlich» betrachten. Im strengen Stadtstaat Singapur



Demonstranten in Bangkok.

Bild: AFP

werden Beiträge unter dem neuen Gesetz gegen Falschmeldungen gesperrt, das Ministern die Entscheidung über sie zugesteht.

Inzwischen gehen in der Königsstadt Bangkok fast täglich Tausende Studenten gegen die Repression der Melange aus Generälen und Königshaus auf

die Strasse. Sie träumen von einer Asien-weiten Bewegung und haben eine «Milchtee-Allianz» mit Jugendlichen gegründet, die in Taiwan und Hongkong gegen die Übermacht Chinas demonstrieren – benannt nach dem gesüssten Lieblingsgetränk der asiatischen Jugend. Die von Pavin

gegründete Gruppe zählte mehr als eine Million Mitglieder.

Sie findet auch deswegen Zustimmung, weil es in Thailand einmal mehr wirtschaftlich gärt: Südasiens zweitgrösste Volkswirtschaft scheint die Corona-Krise zwar mit relativ wenig Infizierten abgewendet zu haben. Doch

schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal um 12,2%. Der Wert ist so schlecht wie zuletzt während der Asienkrise 1989, die Thailand mit voller Härte getroffen hatte. Die Notenbank rechnet nun mit einem Schmelzen der Wirtschaftsleistung von 8% im Gesamtjahr.

Arktis

Machtspiele

Norwegen will neun neue Gas- und Ölfelder nördlich des Polarkreises erschliessen. Anfangs September wurden die entsprechenden Hearings der Regierung abgeschlossen. Obwohl durch den Klimawandel die Bedingungen für solche Vorhaben günstig erscheinen, bleiben dennoch erheblich Risiken. Experten glauben, eine sichere Ölförderung in arktischer Umgebung sei prinzipiell unmöglich. Ebenfalls könnten solche Vorhaben die Beziehungen zwischen Norwegen und Russland beeinträchtigen, denn für beide Länder ist die Region von enormer strategischer Bedeutung. Denn besonders im Nachgang an die



USS Seawolf vor Norwegen.

Bild: US-Navy

grossen Truppenbewegungen der USA in Europa in diesem Sommer scheint der strategische Stellenwert des NATO-Mitglieds Norwegen stark gestiegen. Mitte August beendeten der Lenkwaffenzerstörer USS Roosevelt und dessen Begleitschiffe eine 50-tägige Nordmeerpattouille und stoppten auf dem Rückweg in

Tromsø. Die US Navy erhielt nach eigenen Angaben «unerschütterliche Unterstützung aus dem Königreich» für die gesamte an der Operation beteiligten Flotte. Kurz danach wurde am gleichen Ort das normalerweise an der US-Westküste stationierte Atomunterseeboot USS Seawolf (Jagd-U-Boot der Seawolf-

Klasse) gesichtet. Ein seltener Moment, die Standorte der eigenen U-Boote werden in der Regel nicht veröffentlicht. Für Russland Grund genug, sein eigenes Lenkwaffen-U-Boot Omsk im Beringmeer vor Alaska auftauchen zu lassen.

Was als Routine deklariert wurde, fand Ende August während des grössten russischen Marinemanövers seit dem Kalten Krieg statt – zeitgleich mit der zweijährlich im gesamten Pazifik unter Leitung der USA geführten internationalen Marine-Übung RIMPAC. Gemäss Beobachtern eine bewusste Antwort auf die Vorgänge in Tromsø. Denn für Moskau sei klar, dass in der gesamten Arktis die russische Militärpräsenz zu erhöhen ist.

China/USA

US-Spionageflugzeug soll in chinesische Flugverbotszone eingedrungen sein

Das Verhältnis zwischen China und den USA hat sich in den vergangenen Monaten drastisch verschlechtert. Nun drohen sich die Spannungen erneut zu verschärfen. Chinesischen Angaben zufolge soll ein US-Spionageflugzeug in eine Flugverbotszone über der Volksrepublik eingedrungen sein.

Die Volksrepublik wirft den Vereinigten Staaten vor, im August ein US-amerikanisches U-

2-Aufklärungsflugzeug ohne Erlaubnis in eine Flugverbotszone geschickt zu haben, in der eine Feuerwehrrübung des Militärs abgehalten wurde. Der Flug in die Zone im Norden Chinas sei eine «offensichtliche Provokation», hiess es aus dem chinesischen Verteidigungsministerium: «China ist entschieden dagegen und hat bereits Beschwerde bei der US-Seite eingereicht.» Der Flug hätte leicht zu Missverständnissen, Fehleinschätzungen oder zu einem «unerwarteten Vorfall» führen können, fügte das Ministerium hinzu.

Mit dem Eindringen in die Flugverbotszone hätten die USA gegen die zwischen beiden Staaten geltenden Sicherheitsregeln verstossen, zitierte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua einen Sprecher des Verteidigungsministeriums in Peking. Die Zone wird der Agentur zufolge von den chinesischen Streitkräften für Übungen in der Bekämpfung von Bränden genutzt.

Das US-Militär erklärte zu dem Vorfall, dass ein U-2-Flug in der indopazifischen Region durchgeführt worden sei und «innerhalb der anerkannten internationalen Regeln und Vor-

schriften für Flugzeugflüge» gelegen habe. «Die Pacific Air Forces werden weiterhin jederzeit fliegen, wo es das Völkerrecht erlaubt», hiess es.

Bereits im Mai hatten chinesische Kampfflugzeuge Angaben des Verteidigungsministeriums in Peking zufolge über den umstrittenen Gewässern im Südchinesischen Meer ein US-Spionageflugzeug abgefangen. Gemäss dem Pentagon war die Maschine der US-Marine jedoch im internationalen Luftraum unterwegs gewesen.

*Pascal Kohler,
Henriquet Schneider*